

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

30. Jahrgang

Berlin, den 8. November 1963

Nummer 45

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Grundlagen der Wirtschaftsentwicklung 1964

Die an dieser Stelle vor Jahresfrist veröffentlichte Vorausschätzung der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung 1963 ging von der Annahme öffentlichen Maßhaltens aus. Eine derartige Ausgabenpolitik — vor deren Auswirkung das Institut warnen wollte — hätte bedeutet, daß die Zunahme des öffentlichen Verbrauchs und der weitgehend öffentlich beeinflußten Bau-Investitionen denkbar klein geblieben und die verfügbaren Kapazitäten bei weitem nicht ausgenutzt worden wären. Diese Befürchtung hat sich nicht bestätigt, so daß auch die Entwicklung der Gesamtwirtschaft günstiger verlief als damals — konditional — vorausgeschätzt worden war.

Bei der Vorausschätzung für 1964¹⁾ wird auf derartige Einschränkungen verzichtet und an die zuletzt im November 1961 veröffentlichte Form der „absoluten“ Prognose angeknüpft. Diese sucht über das Abtasten der ökonomischen Auswirkungen von deklarierten oder aus der jüngsten Vergangenheit abgeleiteten Verhaltensweisen des Staates, der Unternehmen, der Konsumenten hinaus auch mutmaßliche Änderungen ihrer Pläne selbst einzubeziehen. Zwar wird bestritten, daß die Wirtschaftswissenschaft dies zu leisten vermag (und in der Tat reicht das nationalökonomische Rüstzeug allein dazu nicht aus). Dennoch wird diesmal die absolute Prognose für möglich gehalten, weil die sogenannte autonome, von Markteinflüssen unabhängige oder sich bewußt über sie hinwegsetzende Komponente im politischen Handeln gegenüber der durch die „Situation“ (z. B. die vollen oder leeren Kassen) induzierten Komponente von begrenzter Bedeutung sein wird — und sie wird für notwendig gehalten, weil die politische wie wirtschaftliche Praxis sie brauchen. Freilich ist eine absolute Wirtschaftsprognose damit noch nicht „total“, d. h. mögliche militärische Konflikte und Naturkatastrophen bleiben selbstverständlich außer Ansatz.

¹⁾ Für die Sozialproduktedaten wurden die vom Statistischen Bundesamt kürzlich revidierten Zahlen zugrunde gelegt; sie schließen Berlin (West) mit ein.

Weltwirtschaft

In der westlichen Weltwirtschaft wirken die Auftriebskräfte fort. Es ist damit zu rechnen, daß sie auch im nächsten Jahr die Oberhand behalten werden. Während in Ländern wie Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland im kommenden Jahr ein gegenüber 1963 leicht beschleunigtes Wirtschaftswachstum erwartet werden kann, ist in Frankreich und Italien, wo Restriktionsmaßnahmen ergriffen worden sind, eine Dämpfung der Expansion wahrscheinlich. In den Vereinigten Staaten, in denen der Wachstumsprozeß gegenwärtig gewisse Schwächetendenzen zeigt, dürfte das Steuersenkungsprogramm der amerikanischen Regierung, das nach erheblicher Verzögerung durch den Kongreß voraussichtlich im nächsten Jahr wirksam werden wird, eine Fortsetzung der Expansion im gegenwärtigen Tempo gewährleisten. Da sich die Beschleunigungs- und Abschwächungstendenzen in einzelnen Ländern im kommenden Jahr etwa ausgleichen werden, ist für die gesamte westliche Welt mit der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Wachstumstempos zu rechnen, bei dem die westlichen Volkswirtschaften mit einer realen Fortschrittsgate zwischen 4 und 5 vH expandieren.

Dürfte damit auch der Wachstumspfad eingehalten werden, der von den meisten Regierungen langfristig angesteuert wird, sehen sich dennoch viele Länder weiterhin vor schwerwiegende wirtschaftliche Probleme gestellt. So wird in den Vereinigten Staaten auch im nächsten Jahr die Arbeitslosigkeit nicht einschneidend vermindert werden, wenn das Sozialprodukt nur im bisherigen Tempo zunimmt. Dagegen kann mit einer Entspannung der amerikanischen Zahlungsbilanzlage so lange gerechnet werden, wie sich die internationale Wettbewerbsstellung einiger westeuropäischer Volkswirtschaften weiter verschlechtert und die Unsicherheit über die künftige Binnen- und Außenwirtschaftsentwicklung dieser Länder, die sich in einer gedrückten Börsenlage

spiegelt, den amerikanischen Kapitalexport nach Westeuropa dämpft.

In Westeuropa steht dagegen die Sicherung weiteren Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Dämpfung des Preisauftriebs im Vordergrund. Dieses Problem stellt die wirtschaftspolitischen Instanzen deswegen vor große Schwierigkeiten, weil die wirtschaftliche Expansion in den Ländern mit einem überdurchschnittlichen Preisauftrieb (Frankreich, Italien) gegenwärtig den Charakter einer durch starke Lohnsteigerungen genährten Verbrauchskonjunktur trägt. Die Anlageinvestitionen, die durch die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten das Angebot erweitern könnten, wachsen dagegen nur geringfügig oder stagnieren sogar. Während aber die Investitionsförderung expansive Maßnahmen erfordert, scheint die Bekämpfung übermäßiger Lohnerhöhungen gerade das Gegenteil zu verlangen. Die in dieser Zwangslage von Frankreich und Italien verfolgte Stabilisierungspolitik, die durch einen breiten Fächer verschiedenartiger, kontraktiv und zum Teil auch expansiv wirkender Maßnahmen gekennzeichnet ist, wird keinem der erstrebten Ziele ganz gerecht. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die zu Preissteigerungen führenden Kräfte in diesen Ländern — wenn auch abgeschwächt — zunächst erhalten bleiben und eine weitere Verschlechterung der Außenhandelslage bewirken werden. Die angelsächsischen Länder und die Bundesrepublik dürften davon weiterhin profitieren und sich vorerst noch einer ihre Konjunktur stützenden bzw. ihre Zahlungsbilanzlage verbessernden Ausfuhrentwicklung erfreuen.

Bundesrepublik Deutschland
Außenhandel

Folglich wird der Ausfuhrüberschuß der Bundesrepublik im nächsten Jahr beträchtlich zunehmen. Schon seit dem Frühjahr 1963 hatten sich die Industriewaren-Exporte infolge der Belebung des Handelsaustausches zwischen den Industrieländern merklich beschleunigt — eine Entwicklung, deren Ansätze im Wiederanstieg der Auslandsaufträge im Herbst vorigen Jahres zu beobachten waren, deren spätere Kraft jedoch die allgemeinen Erwartungen bei weitem übertraf. Demgegenüber setzten sich 1963 bei den Einfuhren trotz starker Zunahme des Imports von Rüstungsgütern Verlangsamungstendenzen durch: Die ernährungswirtschaftlichen Einfuhren sind unter ihrem — hohen — Vorjahrsstand geblieben, der Import von industriellen Vorprodukten zeigt nach wie vor einen ruhigen Verlauf und auch der Anstieg der Einfuhren von Investitions- und Konsumgütern hat sich im Zuge der allgemeinen Wachstumsverlangsamung wie der Abschwächung des inländischen Preisauftriebs erheblich vermindert.

Diese Faktoren werden auch die Außenhandelsentwicklung des Jahres 1964 bestimmen.

Wieder einmal haben sich damit restriktive Tendenzen auf dem Binnenmarkt in Konkurrenzvorteile und gleichzeitigen Export-drive der deutschen Wirtschaft umgesetzt. Freilich ist mit einer nochmaligen Beschleunigung der Auslandsaufträge so lange nicht zu rechnen, wie ein Investitionsanstieg auf breiter Basis in den westeuropäischen Ländern und in den USA ausbleibt.

Die Entwicklung der Wareneinfuhr wird sich nochmals verlangsamen, da die Regierungskäufe kaum weiter zunehmen werden und die kommerziellen Einfuhren das Stagnieren der 1963 sehr expansiven Staatsimporte in Anbetracht der zu erwartenden binnenkonjunkturellen Lage und der Ernteergebnisse nicht kompensieren können. Im Dienstleistungsbereich wird das deutsche Defizit weiter, wenn auch verlangsamt, steigen, so daß der gesamte Außenbeitrag für 1964 auf 5 Mrd. DM (3,6 Mrd. DM 1963) veranschlagt werden kann. Die Gesamtbilanz der laufenden Posten in der Zahlungsbilanz, die neben dem Waren- und Dienstleistungsverkehr auch die von der Bundesrepublik an die übrige Welt geleisteten Übertragungen umfaßt, wird jedoch wiederum mit einem — wenn auch gegenüber 1963 verringerten — Ausgabenüberschuß abschließen.

Sozialprodukt

Für 1963 kann mit einem Anstieg des realen Sozialprodukts von knapp 3,5 vH gerechnet werden. Ein derart bescheidenes Wachstum hat es bisher lediglich im Jahre 1958 gegeben. Wenn auch heute der Angebotsspielraum infolge der Arbeitskräfteknappheit kleiner geworden ist, so stehen doch immer noch mehr Reserven zur Verfügung als von der effektiven Nachfrage ausgefüllt werden können. Man wird daher 1963 zu den „konjunkturell schwachen Jahren“ zählen müssen. Dennoch besteht kein Anlaß, im gegenwärtigen Zeitpunkt die Situation pessimistisch zu beurteilen, da sich das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas beschleunigt hat. Diese Tendenz ist nur zum Teil eine Folgeerscheinung der witterungsbedingten Produktionsausfälle vom Jahresanfang, zum Teil handelt es sich — vor allem im Exportgüterbereich — um eine echte konjunkturelle Belebung.

Neben der beschleunigten Ausfuhrentwicklung im zweiten Halbjahr kann als ein weiteres erfreu-

Komponenten der Sozialprodukt-Entwicklung
Zuwachsraten in vH

	1961	1962	1963	1964
Arbeitsvolumen ¹⁾	0,6	-0,2	-0,8	-0,5
Erwerbstätige	1,8	0,9	0,4	0,3
Arbeitszeit ²⁾	-1,0	-1,1	-1,2	-0,8
Produktivität ³⁾	4,8	4,6	4,2	5,0
Reales Bruttosozialprodukt	5,4	4,4	3,4	4,5
Preisentwicklung	4,4	4,3	2,7	1,9
Nominales Bruttosozialprodukt	10,0	8,8	6,2	6,5

1) Erwerbstätigenstunden. — 2) Je Erwerbstätigen. — 3) Reales Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigenstunde.

liches Faktum für das Jahr 1963 angeführt werden, daß sich der gesamte Preisanstieg (2,5 bis 3 vH) spürbar vermindert hat (1961/63: reichlich 4 vH). Die Zuwachsrate des nominalen Brutto-sozialprodukts kann daher für 1963 mit reichlich 6 vH angenommen werden; der absolute Wert wird damit 400 Mrd. DM übersteigen.

Um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1964 abgreifen zu können, muß an erster Stelle die voraussichtliche Nachfragesituation beurteilt werden²⁾. Vom gewichtigsten Bereich der Endnachfrage, dem privaten Verbrauch, können — wie aus einer Analyse der den privaten Haushalten zufließenden Einkommen hervorgeht — keine nennenswerten Impulse auf die Gesamtkonjunktur erhofft werden. Die Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter wird der Sozialproduktsanstieg kaum mehr über-treffen; darauf deuten vor allem die in das Jahr 1964 hinein wirksamen Tarifabschlüsse hin. Ferner wird der Wettbewerb um die Arbeitskräfte infolge der in vielen Industriebereichen rückläufigen Beschäftigungsentwicklung und des weite-ren Zustroms ausländischer Arbeitnehmer an Schärfe verlieren; die Voraussetzungen für über-

tarifliche Lohnsteigerungen fallen damit fort. „Netto“, also nach Abzug der Steuern und Sozial-versicherungsbeiträge, wird der Anstieg der Summe aller Arbeitsentgelte knapp 6 vH betra-gen.

Dagegen werden die abgeleiteten Ein-kommen der privaten Haushalte — und zwar in erster Linie bedingt durch die Anhebung der Sozialrenten — erstmals stärker zunehmen als die Nettolöhne und -gehälter (6,5 vH). Diese Ent-wicklung ergibt sich aus der gesetzlich fundier-ten und bisher laufend praktizierten Rentenan-passung an die Lohnsteigerungen der zurücklie-genden Jahre.

Die dritte Gruppe der den privaten Haushalten zufließenden Einkommen, die verteilten Gewinne, entwickeln sich erfahrungsgemäß sehr gleichmäßig; ihr Anstieg kann in Anlehnung an die Ergebnisse der letzten beiden Jahre sowie unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Ver-änderung der Zahl der Selbständigen und der mit-

²⁾ Obwohl das inländische Arbeitskräftepotential voll beschäftigt ist, muß dieser Ansatz gewählt werden, da sich die Angebotsentwicklung durch eine bessere Kapazitätsausnutzung und durch forcierte Einstellungen ausländischer Arbeitnehmer gegenwärtig noch beschleunigen ließe.

Das Brutto-sozialprodukt 1961 bis 1964*)
für das Bundesgebiet einschl. Saarland und Berlin (West)

	1961	1962	1963	1964	1961	1962	1963	1964
	in Mrd. DM zu jeweiligen Preisen				Zuwachsraten in vH ¹⁾			
Entstehung								
Land- und Forstwirtschaft . . .	17,9	18,6	19,5	20,4	1,1	3,9	5	4,5
Warenproduzierende Bereiche	174,7	190,1	200,1	211,7	10,5	8,8	5,5	6
Handel und Verkehr	63,6	68,8	72,9	77,6	8,7	8,2	6	6,5
Dienstleistungsbereiche	70,6	78,0	85,3	92,5	13,3	10,5	9,5	8,5
Einkommen aus dem Ausland	-0,4	-0,4	-0,5	-0,5
Brutto-sozialprodukt	326,4	355,1	377,3	401,7	10,0	8,8	6	6,5
Verteilung								
Primäreinkommen	209,3	226,5	240,3	255,6	8,4	8,2	6	6,5
Nettolöhne und -gehälter . . .	117,1	128,9	138,7	144,8	11,8	10,1	6	6
Verteilte Gewinne	47,4	50,9	54,1	57,4	8,5	7,4	6,5	6
Unverteilte Gewinne	15,4	18,6	13,1	13,7	-16,3	-11,7	-3,5	4,5
Abschreibungen	29,4	33,1	36,4	39,7	12,2	12,6	10	9
Abgeleitete Einkommen an . . .	117,1	128,6	137,0	146,1	12,8	9,8	6,5	6,5
Private Haushalte	41,5	44,7	47,3	50,3	8,4	7,7	6	6,5
Unternehmen	2,0	2,2	2,4	2,7	-13,1	10,0	9	12,5
Öffentliche Hand	69,2	76,8	82,1	87,6	15,7	11,0	7	6,5
Übrige Welt	4,4	4,9	5,2	5,5	29,4	11,4	6	6
Brutto-sozialprodukt	326,4	355,1	377,3	401,7	10,0	8,8	6	6,5
Verwendung								
Verbrauch	233,0	256,4	278,9	290,6	10,7	10,0	7	6
Privat	186,6	203,4	215,0	227,3	9,8	9,0	5,5	5,5
Öffentlich	46,4	53,0	58,9	63,3	14,9	14,2	11	7,5
Bruttoinvestitionen	86,6	95,0	99,8	106,1	9,3	9,7	5	6,5
Bauten	40,0	45,3	49,2	54,0	14,3	13,3	8,5	9,5
Ausrüstungen	40,7	44,5	45,6	47,1	14,3	9,3	2,5	3,5
Vorräte	5,9	5,2	5,0	5,0	-31,4	-11,9	-4	0
Außenbeitrag	6,8	3,7	3,6	5,0	-5,6	-45,6	-2,5	39
Ausfuhr	65,8	68,9	74,0	80,6	4,6	4,7	7,5	9
Einfuhr	59,0	65,2	70,4	75,6	5,9	10,5	8	7,5
Brutto-sozialprodukt	326,4	355,1	377,3	401,7	10,0	8,8	6	6,5

*) 1961/62 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, 1963/64 Vorschätzung des DIW. — ¹⁾ 1963 und 1964 gerundet.

helfenden Familienangehörigen auf 6 vH geschätzt werden. Für die gesamten verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte errechnet sich somit eine Zunahme von 6 vH, also von etwa ebensoviel wie 1963.

Da auch kein Anlaß besteht, mit einem Rückgang der gegenwärtig sehr großen Sparfreudigkeit zu rechnen, werden die Ausgaben für den privaten Verbrauch im gleichen Ausmaß zunehmen wie 1963. Die Sparquote der privaten Haushalte dürfte weiter steigen; einschließlich der Investitionen in Wohnungseigentum hat sie sich bereits von 9,4 vH im Jahre 1962 auf 9,7 vH im Jahre 1963 erhöht.

Im öffentlichen Bereich stützt sich die Prognose der zukünftigen Ausgabenentwicklung auf die Kenntnis von Etatansätzen und vor allem auf die relativ zuverlässig vorzuschätzende Einnahmenentwicklung. Schließlich kann mit einer, wenn auch nur zaghaft zunehmenden Bereitschaft zur Anleihefinanzierung bei den zentralen Gebietskörperschaften gerechnet werden.

Die zivilen Verbrauchsausgaben des Staates werden wegen der nur schwachen Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst weniger steigen als bisher. Für den Verteidigungsaufwand wird gegenwärtig in der parlamentarischen Diskussion des Bundeshaushaltes ein Mehrbetrag von 1,3 Mrd. DM genannt, demgegenüber betrug der Mehraufwand im Jahre 1963 reichlich 3 Mrd. DM. Eine derart starke Verlangsamung der militärischen Ausgabenentwicklung ist jedoch wenig wahrscheinlich, zumal die Soll-Zahlen in den letzten Jahren, vor allem auf Grund der in durchlaufender Rechnung geführten NATO-Vorhaben auf deutschem Boden, regelmäßig über-

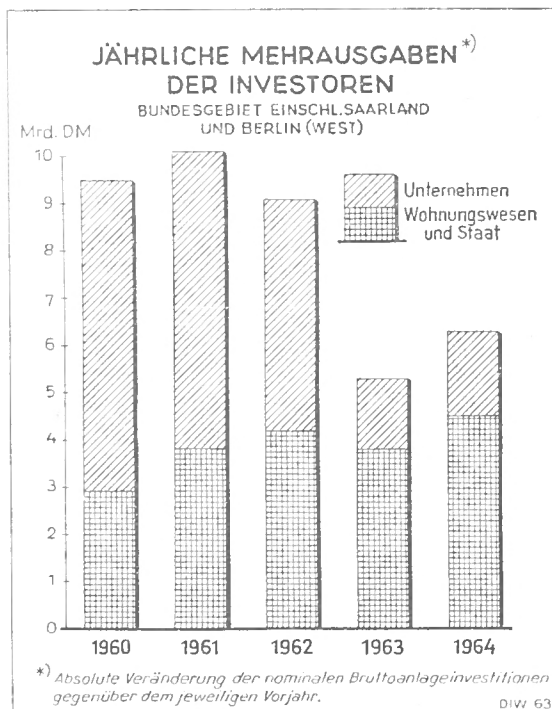
schrritten worden sind. Für die gesamten öffentlichen Verbrauchsausgaben, also für militärische und zivile Zwecke zusammen, wurde ein Anstieg von 7,5 vH angesetzt.

Von der Entwicklung der öffentlichen Investitionsausgaben wird auch im Jahre 1964 das Wachstumstempo der Bauproduktion bestimmt werden. Die gewerblichen Bauinvestitionen werden real infolge der nach wie vor schwachen privaten Investitionsneigung und der Auswirkungen des Baustoppgesetzes zurückgehen. Nominal wird bestenfalls das Niveau von 1963 erreicht werden. Die bisher für den Wohnungsbau verfügbaren Indikatoren lassen vermuten, daß das diesjährige Produktionswachstum auch 1964 aufrechterhalten wird. Angesichts des dringlichen Ausbaus der Infrastruktur (Straßen, Schulen, Krankenhäuser sind als Schwerpunkte zu nennen) ist zu hoffen, daß die Bauausgaben der öffentlichen Hand auch im kommenden Jahr stark erhöht werden. Unter dieser Voraussetzung ist für 1964 mit einer Zunahme der gesamten Bauinvestitionen von real reichlich 4 vH und nominal 9,5 vH zu rechnen; berücksichtigt man die vermutlich weitaus günstigeren Witterungsbedingungen im kommenden Winter, werden damit allerdings die Angebotsreserven der Bauwirtschaft nicht ausgeschöpft werden³⁾.

Die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen werden auch im Jahre 1964 nur wenig erhöht werden. Zwar wird sich die Gewinnsituation wesentlich bessern, so daß die den Unternehmen verbleibenden Eigenmittel erstmals seit längerem wieder zunehmen werden; damit allein ist aber noch kein ausreichender Anreiz zur Verstärkung der privaten Investitionsneigung (die besonders deutlich an den Ausgaben für Ausrüstungen abzulesen ist) gegeben. Eine Verbesserung der Ertragslage wird nur gegenüber dem Tiefstand von 1963 erzielt werden. Die unverteilter Gewinne sind jedoch bereits seit dem Jahre 1961 zurückgegangen; im Jahre 1964 wird lediglich das ebenfalls schon sehr bescheidene Niveau von 1962 erreicht werden. Auch eine verbesserte Absatzentwicklung im Ausland wird vorerst keine nennenswerten Investitionserhöhungen erforderlich machen, da das gegenwärtige Investitionsvolumen bereits zu starken Kapazitätsausweitungen führt. Die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen wird daher kaum höher als 3,5 vH sein.

Über den Außenhandel wurde bereits berichtet. Setzt man den Saldo der Aus- und Einfuhr in Höhe von 5 Mrd. DM in die Sozialproduktberechnung ein, so ergibt sich eine nominale Zuwachsrate des Gesamtprodukts von 6,5 vH.

Von den einzelnen Wirtschaftsbereichen werden die Dienstleistungssektoren wieder überdurchschnittlich, die Land- und Forstwirtschaft



³⁾ Die Entwicklung der Bautätigkeit im Jahre 1964 wird im nächsten Wochenbericht (Nr. 46) ausführlicher beschrieben werden.

unterdurchschnittlich an dieser Zunahme beteiligt sein. Die Entwicklungsraten der warenproduzierenden und -verteilenden Bereiche werden nur geringfügig vom Sozialproduktanstieg abweichen. Der gesamtwirtschaftliche Preisanstieg wird 1964 weiter nachlassen. Dies gilt auch für die Verbraucherpreise, obgleich die Preissteigerungen bei den Diensten und der Wohnungsnutzung anhalten werden. Das sogenannte Preisniveau für das Bruttosozialprodukt wird jedoch nur noch um knapp 2 vH steigen, so daß sich trotz nahezu unveränderter Zunahme der nominalen Gesamtnachfrage die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts von 3,5 vH 1963 auf 4,5 vH 1964 erhöhen wird.

Industrie

Nur wenn die industrielle Produktion zum Jahresende stark beschleunigt wächst, kann die hier vor Jahresfrist für 1963 vorausgeschätzte arbeitstäglich Wachstumsrate in der Bundesrepublik ohne Berlin (West) von 3,4 vH gegenüber 1962 noch erreicht werden. Wahrscheinlich ist, daß das Jahr trotz des kräftigen Exportaufschwungs der letzten Monate etwas enttäuschender abschließt als damals vorausgesagt wurde. Einige neue Nachfrageimpulse aus dem Inland haben die industrielle Produktionstätigkeit bisher nur schwach angeregt.

Dagegen wurde die Investitionstätigkeit der Industrie im bisherigen Verlauf des Jahres nicht so stark eingeschränkt wie im vorigen Herbst befürchtet werden mußte. Der Rückgang dürfte für die gesamte Industrie im Jahresvergleich 1963/62 real 2 vH betragen. Die strukturelle Investitionsprognose hat sich dabei bestätigt: Im Grundstoffbereich und in der Ernährungsindustrie wurde das Investitionsniveau besser gehalten als in den übrigen Sektoren; der stärkste Investitionsrückgang wird in der Investitionsgüterindustrie zu verzeichnen sein. Dem entspricht die Rückläufigkeit der Investitionsgüterfertigung, die nur deshalb im Produktionsindex dieses Bereiches kaum sichtbar wurde, weil die außergewöhnliche Expansion der Automobilindustrie bislang unvermindert anhielt.

Für das kommende Jahr wird eher eine Stagnation der industriellen Investitionstätigkeit zu erwarten sein als eine Verschärfung des Rückgangs. Gegen die Prognose eines merklichen Anstiegs der Investitionsausgaben aber spricht zur Zeit noch die bisherige Auftragsentwicklung bei den Lieferanten der industriellen Ausrüstungen. Vor allem in den Investitionsgüterindustrien selbst überwiegen noch zurückhaltende Investitionspläne.

Stagnation der industriellen Investitionstätigkeit und — wie zu erwarten — weiteres Investitionswachstum in fast allen übrigen Wirtschaftsbereichen bedeuten, daß die Industrie im nächsten Jahr — neben der Ausfuhr — auch im In-

Produktion und Produktionsfaktoren der Industrie*)
Geschätzte jährliche Zuwachsraten in vH

	1963	1964
1. Kapazität ¹⁾	+ 6,9	+ 6,6
2. Beschäftigte	- 0,9	- 0,5
3. Kapitalintensität	+ 7,9	+ 7,1
1. Kapazität ¹⁾	+ 6,9	+ 6,6
4. Ausnutzung (arbeitstäg.) ²⁾	- 3,2	- 3,2
5. Arbeitstage	- 0,4	+ 1,0
6. Produktion, kalendermonatl.	+ 3,0	+ 4,2
2. Beschäftigte	- 0,9	- 0,5
5. Arbeitstage	- 0,4	+ 1,0
7. Individuelle Arbeitszeit je Arbeitstag	- 1,3	- 2,0
8. Arbeitsvolumen	- 2,6	- 1,5
3. Kapitalintensität	+ 7,9	+ 7,1
4. Ausnutzung (arbeitstäg.) ²⁾	- 3,2	- 3,2
9. „Produktivität der Arbeit“ (arbeitstäg. Produktion je Beschäftigten)	+ 4,4	+ 3,7
7. Individuelle Arbeitszeit je Arbeitstag	- 1,3	- 2,0
10. „Produktivität der Arbeit“ (Produktion je geleistete Arbeitsstunde)	+ 5,8	+ 5,8
8. Arbeitsvolumen	- 2,6	- 1,5
6. Produktion, kalendermonatl.	+ 3,0	+ 4,2
*) Bundesgebiet einschl. Saarland ohne Berlin (West). — 1) Ohne Struktureffekt. — 2) Ohne Berücksichtigung der tariflichen Arbeitszeitentwicklung. Zum Vergleich:		
Ausnutzungsentwicklung, bereinigt mit der tariflichen Arbeitszeit	- 2,6	- 1,2

land genügend Chancen für ein, wenn auch mäßiges, Absatz- und damit Produktionswachstum findet. Von der Ausfuhrerweiterung werden übrigens stärkere Rückwirkungen auch auf die inländische Bestellfreudigkeit ausgehen als bisher. Bei dieser Konstellation kann 1964 die Investitionsgüterindustrie nach der Grundstoffindustrie langsam wieder die früher gewohnte Führungsrolle im industriellen Wachstum übernehmen; denn vom privaten Verbrauch her wird, soweit bislang überschaubar, kaum ein stärkeres Wachstum der Verbrauchsgütererzeugung angeregt werden als gewöhnlich.

Die prognostizierte leichte Beschleunigung des Produktionswachstums der gesamten Industrie von 3 auf gut 4 vH reicht bei fast unverändertem Kapazitätzuwachs noch nicht aus, die durchschnittliche Kapazitätsausnutzung wieder anzunäheren. Auch deswegen ist die Investitionsneigung der Industrie vorläufig noch skeptisch zu beurteilen, zumal allein mit der gegenwärtigen Investitionstätigkeit wieder — wie schon seit zwei Jahren — eine Steigerung der (auf Arbeitsstunden bezogenen) Produktivität um etwa 6 vH erreicht werden kann. Der im Jahre 1963 eingeleitete Abbau des Beschäftigtenstandes in der Industrie wird allerdings vermutlich durch die bevorstehenden tariflichen Arbeitszeitverkürzungen etwas gebremst werden.

Konjunkturelle Aspekte

Wieder einmal ist es in der Bundesrepublik gelungen, das Abflauen eines starken Investitionsaufschwungs bei einer Wachstumsrate von reichlich 3 vH und damit vor dem kritischen Punkt

abzufangen, an dem partiell rezessive Tendenzen auf andere Bereiche überspringen und in der Gesamtwirtschaft die Vorherrschaft erlangen könnten. Dies ist keineswegs selbstverständlich. Ein rückwärts und über die Grenzen gerichteter Blick zeigt (nicht nur bei den angelsächsischen Ländern), daß die Zügelung eines Booms sehr leicht in eine Kontraktion führen kann. Ein Blick in das reiche Feld deutscher Konjunkturdiagnostik erinnert schließlich auch an die mancherorts gehegte Vermutung, je stärker ein Aufschwung verlaufe (oder je mehr man ihm Lauf ließe), desto intensiver müsse die nachfolgende Kontraktion werden.

Statt dessen hat wiederum eine starke Zunahme der öffentlichen Nachfrage dem Erlahmen der privaten Auftriebskräfte zur richtigen Zeit (also im zweiten Halbjahr 1962) entgegengewirkt und damit jene Art von Konsolidierung ermöglicht, die einer Fortsetzung günstiger Wirtschaftsentwicklung und erfolgreicher Wirtschaftspolitik gute Chancen bietet. Schließlich waren die Leistungsreserven der deutschen Wirtschaft — infolge der hohen Investitionsquote und der aus ihr resultierenden Produktivitätsfortschritte — groß genug, um international nicht nur bloß „wettbewerbsfähig“ zu bleiben, sondern um Kostenvorteile beibehalten und im Falle nachlassender Binnennachfrage voll ausspielen zu können. Damit scheint sich eine Hoffnung zu erfüllen, der an anderer Stelle der Institutsveröffentlichungen vor eineinhalb Jahren Ausdruck gegeben wurde: „Volkswirtschaftlich wie fiskalisch sinnvoll ist in diesem Stadium“ (nämlich des Auslaufens der Investitionskonjunktur) „nur ein Weg: Der Versuch, die Staatsausgaben so lange ohne Rücksicht auf ihre kurzfristige Deckung durch Steuereinnahmen stark steigen zu lassen, bis im Zusammenwirken mit anderen — potentiell — expansiven Faktoren (z. B. Ausfuhr) eine Wiederbelebung der privaten Investitionstätigkeit und eine erneute Zunahme des Wirtschaftswachstums erreicht ist⁴⁾.“

Tatsächlich kann für 1964 eine Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität erwartet werden, wie sie in der hier gewagten Vorausschätzung einer Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts

⁴⁾ Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 1962. Erstes Heft, S. 36, Verlag Duncker & Humblot, Berlin: „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung für die Bundesrepublik, IV. Quartal 1961“.

von 4,5 vH, der gesamtwirtschaftlichen Produktivität um 5 vH und der Industrieproduktion um mehr als 4 vH zum Ausdruck kommt. Dieser Aspekt ist erfreulich. Er ist damit freilich noch nicht „gut“.

Erstens sind die Annahmen der Prognose nicht ungefährdet — dies nicht so sehr wegen der veranschlagten starken Zuwachsrates der Warenausfuhr von 10 vH, sondern weil sich das Wachstumstempo der öffentlichen Ausgaben noch stärker als hier angenommen verlangsamen könnte: Auch die öffentlichen Haushalte werden insofern von den Kräften des Marktes beeinflußt, als sich ihre Ausgabenplanung nach den erwarteten Einnahmen an Steuern und anderen Übertragungen richtet. Für einen entsprechenden Ausgleich durch Kapitalmarktfinanzierung ist die Verschuldungsbereitschaft aber nach wie vor zu gering und wird zudem von der maßgebenden monetären Instanz nicht gerade ermuntert.

Zweitens steht die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit der Unternehmen noch aus: Der Sozialproduktsanteil dieser für das langfristige Wachstum, für die Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und für die Eindämmung des Preisauftriebs entscheidenden Investitionen wird weiter sinken und damit das vierte Jahr ohne Unterbrechung rückläufig sein. Bei den gegebenen Produktionsreserven wäre aber eine stärkere Investitionstätigkeit im Jahre 1964 durchaus möglich, ohne die übrige Nachfrage zu beeinträchtigen und ohne das Preisniveau zu gefährden, dessen Entwicklung übrigens (in Anbetracht der Fehlergrenzen bei Benutzung der herkömmlichen Preisindizes als Maßstab des Geldwertes) im ganzen als stabil zu charakterisieren ist.

Der Anstoß für eine Wiederbelebung der privaten Investitionstätigkeit kann bei dem derzeitigen Stand der Kapazitätsausnutzung allerdings nur von einer stärkeren Nachfrage nach Industrieprodukten kommen. Nach Lage der Dinge könnten diese nur von Mehrausgaben der öffentlichen Hand angeregt werden, die aber unter dem Eindruck der leeren oder sich leerenden Kassen steht. Sie hätte daher vorübergehend die Anleihenfinanzierung zu pflegen, wobei es ihr auch geldpolitisch ermöglicht werden müßte, die Schuldtitel bei Inländern zu plazieren.